OFFENE LINKE ANSBACH
c/o Bäckergründlein 23, 91522 Ansbach, www.offene-linke-ansbach.de

Pressemitteilung

Ansbach, 09.04.2010

Offene Linke begrüßt endlich erfolgende Umsetzung ihres Antrags:

„Kommunalen Armutsbericht als Chance für aktive Sozialpolitik der Stadt ergreifen“

Ziel: Zugang zum öffentlichen Leben – Kritik an ausuferndem Niedriglohnsektor

Die Offene Linke hat die nun endlich beginnende Umsetzung ihres im Herbst 2008 vom Ausschuss für Soziales angenommenen Antrags auf Erstellung eines kommunalen Armusberichts begrüßt: „Ansbach sollte diese Grundlage als Chance für eine aktive Sozialpolitik der Stadt ergreifen“, appellierte Stadtrat Boris-André Meyer. Die Offene Linke unterstützt das Anliegen der Oberbürgermeisterin, jetzt auf kommunaler Ebene im Interesse der sozial Benachteiligten gegensteuern zu wollen.

Die Politik im Bund hat in den letzten Jahren den Niedriglohnsektor ausufern lassen – zu Lasten der Kommunen. Gerade an der Rezat: Ansbach ist laut Hans-Böckler-Stiftung die „Bundeshauptstadt der Leiharbeit“ mit einem Anteil von rund 12% aller Beschäftigungsverhältnisse. „Viele Menschen in unserer Stadt sind arm trotz Arbeit. Wir müssen gemeinsam nach neuen Wegen suchen, diese Armut wirksam vor Ort zu bekämpfen. Der Armutsbericht ist hierfür ein wichtiger erster Schritt“, betonte Meyer.

„Unser Ziel ist es, den Zugang zum öffentlichen Leben, zu Kultur, Bildung, Sport und ÖPNV für alle Bürgerinnen und Bürger Ansbachs zu schaffen und zu sichern“, erklärte die Stellv. Vorsitzende der Offenen Linken, Kerstin Kernstock und verwies auf das Konzept des Sozial- und Familienpasses, das die Offene Linke bereits beantragt hat. „Die Pro-Jugend-Karte hat diese Ziele nicht erreicht. Sozial benachteiligten Kindern bleibt der Besuch von Aquella oder Musikschule weiterhin verwehrt“, machte Kernstock deutlich.

Die Offene Linke würdigte das von Studierenden der Hochschule Ansbach erstellte Umfragekonzept des Armutsberichts. Der Fragebogen gehe „grundsätzlich in die richtige Richtung“. Allerdings hat die Offene Linke einige Änderungsvorschläge im Detail bei der Stadtverwaltung eingereicht: „Die Fragen sollten auf sozialpolitische Relevanz beschränkt bleiben; diese Relevanz ist etwa bei der Frage nach einem Plasmafernseher nicht gegeben“. Man gehe davon aus, dass die Vorschläge noch in die Endfassung des Fragebogens eingearbeitet werden.

Gez. Offene Linke Ansbach e.V., der Vorstand